

# GrünExpress

GRÜNE INFORMATIONEN FÜR DAS SAARLAND

   GRUENESAAR

SONDERAUSGABE  
06-2020



+++ Grenzpendler sind auf funktionierenden Nahverkehr angewiesen +++

Anlässlich der Wiederaufnahme der ICE-Verbindung nach Paris und der RE-Verbindung nach Forbach/Metz drängen die saarländischen Grünen darauf, den grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehr wieder komplett aufzunehmen. Nach der Ankündigung, dass die Saarbahn wieder startet, müssten alle anderen Verbindungen auch wieder aufgenommen werden.

„Die Wiederaufnahme der ICE-Verbindung nach Paris und der RE-Züge nach Forbach bzw. nach Metz sind ein erster wichtiger Schritt, der allerdings zu kurz greift. Immer noch fallen u. a. die Saarbahn-Verbindung nach Saargemünd, die Buslinie nach Forbach und die beiden Buslinien Mosel-

le-Saar nach Hombourg-Hout und Creutzwald ersatzlos aus“, kritisiert Markus Tressel. Er fordert, alle grenzüberschreitenden Nahverkehrsverbindungen unverzüglich wieder aufzunehmen. Tressel: „Grenzkontrollen können nicht das Argument sein, weiterhin

die Verbindungen nicht anzubieten. Diese können diese Woche auch noch im Busverkehr bzw. an der Grenzhaltestelle stattfinden, bis sie ganz eingestellt werden.“

 <https://gruenlink.de/1rg7>

## WEITERE THEMEN



Saarland soll wichtiger Standort für pharmazeutische Vorsorge werden

3



Frauen dürfen nicht Verliererinnen der Coronakrise sein

5



Landesregierung muss kommunale Finanzkrise abwenden!

4



Bahn-Hilfspaket: Fernverkehrsanbindung nicht zur Disposition stellen

6

Bilder: Grüne, Pixabay, unsplash, Icon: local business by achmad muliyana, LeeMette, Ilham Julianti, iconsmind.com from the Noun Project

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Landesverband Saarland

Eisenbahnstraße 39  
66117 Saarbrücken

Telefon: 0681 389 70-0  
Telefax: 0681 389 70-70

[www.gruene-saar.de](http://www.gruene-saar.de)  
[info@gruene-saar.de](mailto:info@gruene-saar.de)



**LANDESVERBAND  
SAARLAND**



Liebe Leserinnen und Leser,

der strenge Lockdown geht seinem Ende entgegen und doch kann und wird kein „Normalzustand“ eintreten, wie wir ihn vor der Corona-Krise kannten. Auch wenn wir uns wieder mehr bewegen, unter Leute gehen, handelt es sich um eine trügerische Sicherheit. Wir werden trotz der Lockerungen weiter mit Einschränkungen leben müssen und das vermutlich auf Monate hinaus: Es wird auch weiter nur schwerlich größere Veranstaltungen geben können und auch die Bildungs- und Betreuungssituation wird weiterhin mindestens angespannt bleiben. Auch die wirtschaftliche Situation wird für viele Menschen in Kurzarbeit, für viele Selbständige und Freiberufler\*innen schwierig bleiben.

Da die meisten Menschen sich verantwortlich verhalten haben, sind wir medizinisch gesehen bislang glimpflicher durch die Krise gekommen als befürchtet. Wer sich an die Bilder aus Italien erinnert, weiß, dass das Virus kein Phantom ist.

Jetzt gilt es aber auch, sich auf diese neue Normalität einzustellen und vor allem eine nach vorne gerichtete Debatte über die Folgen der Corona-Pandemie zu führen. Was hat unsere Gesellschaft, was hat Politik aus der schwerwiegenden Krise der vergangenen zwei Monate gelernt? Welche Lehren können wir jetzt schon ziehen und was werden wir verändern müssen? All das sind Fragen, denen wir uns als politische Partei jetzt wieder verstärkt widmen, wozu wir Konzepte und Ideen erarbeiten müssen. In den vergangenen Jahren haben wir uns stark um die Bewältigung der Klimakrise gekümmert, jetzt kommt eine neue Herausforderung dazu, die Bewältigung der Pandemiefolgen. Wir sollten sie inhaltlich annehmen. In dieser Ausgabe widmen wir uns deshalb einem breiten Spektrum an Themen: Pandemievorsorge als Chance für den Standort Saarland, der Verkehrsanbindung im lokalen, im grenzüberschreitenden und im nationalen Bereich und auch der europäischen Perspektive. Die Kommunal Finanzen spielen für die Zukunft des Landes eine ebenso wichtige Rolle wie die Wertschätzung der Pflegeberufe.

In diesem Sinne viel Vergnügen bei der Lektüre und bleibt gesund!

*Tina Schöpfer* *Markus Tressel*

Tina Schöpfer  
Landesvorsitzende Grüne Saar

Markus Tressel  
MdB, Landesvorsitzender Grüne Saar

## SAARLAND AKTUELL






### Polizei: Präsidenten- posten nicht nach Parteibuch vergeben

**Anlässlich des umstrittenen Stellenbesetzungsverfahrens für die frei werdende Polizeivizepräsidentenstelle fordern die Saar-Grünen, die Leitungsämter bei der Polizei ausschließlich nach fachlichen Kriterien und nicht nach Parteibuch zu besetzen.**

Die Polizei dürfe nicht politisch vereinnahmt werden, so Grünen-Landeschef Tressel. Zudem sollten künftig auch Leitungspositionen bei der Polizei stärker mit Frauen besetzt werden. „Offenbar will die Saar-GroKo bei der Besetzung der beiden Präsidentenposten der Saar-Polizei einfach weitermachen wie gehabt und diese nach CDU- bzw. SPD-Parteibuch vergeben. Dies ist nicht akzeptabel, auch weil es geeignete Kandidatinnen und Kandidaten davon abhält, sich trotz Eignung zu bewerben.“

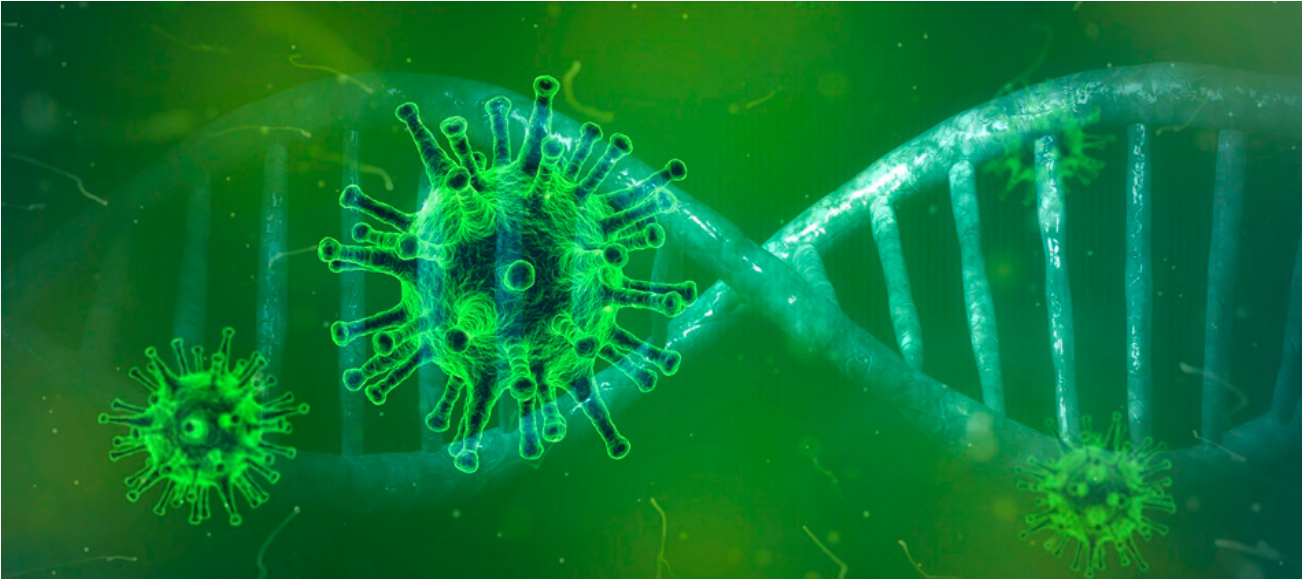
Die Stellen des Polizeipräsidenten und des Polizeivizepräsidenten müssen strikt nach fachlichen Kriterien besetzt werden.“, sagt Markus Tressel. Zudem sollten künftig mehr Führungspositionen mit Frauen besetzt werden.

<https://gruenlink.de/1rg1>

-  **GRUENESAAR**
-  **GRUENESAAR**
-  **@GRUENE\_SAAR**



**LANDESVERBAND  
SAARLAND**



## Pandemievorsorge: Saarland als Forschungs- und Produktionsstandort ausbauen

Die saarländischen Grünen wollen das Saarland als Lehre aus der Corona-Pandemie zu einem wichtigen Standort für die pharmazeutische Pandemievorsorge in Deutschland und Europa qualifizieren. Die aktuelle Krise habe gezeigt, dass im Falle internationaler Pandemien die bestehenden, teils weltumspannenden, Lieferketten zu lokalen Engpässen führen können. Deshalb müsse man davon ausgehen, dass Teile der Wirkstoffproduktion künftig aus Gründen der Risikovorsorge wieder nach Europa bzw. Deutschland zurückverlagert würden. Das Saarland verfüge als Industriestandort im Strukturwandel nicht nur industriell über die notwendigen Kapazitäten für den Aufbau entsprechender Strukturen, sondern mit dem Helmholtz-Institut für pharmazeutische Forschung (HIPS) in Saarbrücken auch über den wissenschaftlichen Kern für ein solches Vorhaben.



Dr. Jérôme Lange  
Landesvorstand

Dr. Jérôme Lange, Landesvorstandsmitglied der saarländischen Grünen sagte dazu: „Die Verbesserung der Risikovorsorge ist nicht nur erforderlich vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemie gemachten Erfahrungen, sondern auch mit Blick darauf, dass nach einer Bewältigung der gegenwärtigen Pandemie die seit jeher bestehende Gefahr weiterer Pandemien mit vergleichbaren Folgen eher gestiegen ist. Risikovorsorge wird deshalb in der Nach-Corona-Zeit ein wichtiges politisches und auch ökonomisches Handlungsfeld werden. Deshalb muss die Landesregierung da jetzt die richtigen Weichen stellen.“ Als eine Folge der Corona-Pandemie könne das Saarland damit einen wichtigen Schritt zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur im Land machen.

Damit ergebe sich aus der Krise mit vielen erwartbaren negativen Folgen auch eine Chance. Auch für ein europäisches Modell der Zusammenarbeit in dieser Frage wäre das Saarland der ideale Standort.

Nach Ansicht der Grünen sollte das Saarland sich vor diesem Hintergrund darum bemühen, einer der Standorte künftiger europäischer Wirkstoffproduktion zu werden. Neben der industriellen Struktur des Landes spreche auch die zentrale Lage des Landes für den Aufbau einer pharmazeutischen Industriesparte im Saarland. Notwendig sei aber vor allem auch die Etablierung bzw. der Ausbau einer staatsnahen pharmazeutischen Forschungseinrichtung. Lange: „Es würde sich aus unserer Sicht anbieten, das Helmholtz – Institut für Pharmazeutische Forschung (HIPS) in Saarbrücken um eine entsprechend angemessen personell und sächliche ausgestattete Abteilung zu erweitern, die in diesem Bereich eine enge Zusammenarbeit

mit dem Robert – Koch – Institut (RKI), dem Deutschen Zentrum für Infektionsforschung und dessen Mutter dem Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung, den Sicherheitsbehörden und den Forschungseinrichtungen der europäischen Nachbarstaaten anstrebt. Dafür müsste die öffentliche Hand für die entsprechende Finanzierung sorgen.“

Die Diskussion um Risikovorsorge in der „Post-Corona-Zeit“ stecke noch in der Kinderschuhen, so die Grünen. Daher sei gerade jetzt die Chance für das Saarland groß, auf einen erheblichen Ausbau des Helmholtz-Instituts für Pharmazeutische Forschung am Standort Saarbrücken als wichtigen Baustein künftiger Pandemie-Risikovorsorge zu drängen.

Ein entsprechendes Papier findet sich hier:

 <https://gruenlink.de/1rg3>







Barbara Meyer-Gluche, Grünen-Generalsekretärin

# Landesregierung muss kommunale Finanzkrise abwenden!

## Lösung für Corona-bedingte Schulden – Investitionen für klimaneutrale Kommunen fördern!

Vor dem Hintergrund der aktuellen Steuerschätzung weisen die Saar-Grünen auf die drastischen Auswirkungen der Corona-Krise für die Kommunen hin und fordern konkrete Sofortmaßnahmen von der Landesregierung. Hierzu fordert die Grünen-Generalsekretärin Barbara Meyer-Gluche Maßnahmen des Landes zum Umgang mit absehbaren Defiziten und für Investitionen in einen Green Deal auf kommunaler Ebene. Dies sei notwendig, um den Pfad der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen nicht zu gefährden und die strukturschwachen saarländischen Kommunen nicht noch weiter abzuhängen.

„Wegen der großen Bedeutung der Gewerbesteuer sind die Kommunen besonders stark von dieser Krise betroffen. Das zeigen auch die Erfahrungen aus der Finanzkrise. Dazu kommt, dass die Kommunen mit hohen Einnahmeausfällen bei städtischen Betrieben und absehbar mit höheren Sozialausgaben zu kämpfen haben werden, da die Kosten der

Unterkunft zu rund 50 Prozent von den Landkreisen getragen werden, die diese Kosten wiederum auf die Kommunen umlegen.

Mit dem Saarlandpakt sollte die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen wieder hergestellt und die immensen Liquiditätskredite der Kommunen über einen definierten Zeitraum zurückgeführt

werden. Das war schon vor Corona eine immense Herausforderung für die Kommunen. Durch die aktuelle Corona-Krise ist dieser Pfad nun konkret in Gefahr.

Daher braucht es jetzt die Unterstützung von Bund und Land, die konkrete Maßnahmen zur Abwendung einer kommunalen Finanzkrise ergreifen müssen.

### 1. ANERKENNUNG UND LÖSUNG FÜR CORONA-BEDINGTE SCHULDEN

Durch die Corona-Krise werden die Kommunen eine geplante Tilgung nicht verwirklichen können und sich entgegen ihrer Planung neu verschulden müssen. Dies sind Schulden, die über die im Rahmen des Saarlandpaktes vereinbarte Schuldentilgung hinaus in den kommenden Jahren getilgt werden müssten. Das würde den Kommunen den Hals zu schnüren. Das Land muss anerkennen, dass es sich bei der Corona-Pandemie um eine außergewöhnliche Notsituation gemäß Saarlandpakt-Gesetz handelt! Die Schulden, die wegen Mindereinnahmen, höheren Kreisumlagen infolge steigender Sozialausgaben und höheren Defizitausgleichen für städtische Betriebe, nicht getilgt werden können und neu entstehen, müssen als Corona-bedingte Schulden vom Land anerkannt werden! Für sie muss die Landesregierung eine Lösung außerhalb der regulären Mechanismen des Saarlandpaktes finden!

### 2. PROGRAMM FÜR EINEN KOMMUNALEN GREEN DEAL AUFLEGEN

Die Kommunen müssen jetzt mit einem unbürokratischem Investitionsprogramm unterstützt werden, um die öffentliche Investitionstätigkeit zu stärken. Der Abruf der Mittel und der Nachweis müssen so einfach und unbürokratisch wie möglich gestaltet werden. Auf den kommunalen Eigenanteil sollte verzichtet werden, um einen größtmöglichen Mittelabruf zu gewährleisten. Die Chance eines solchen Investitionsprogramms muss genutzt werden, um die Klimaneutralität von Kommunen voranzutreiben. Gefördert werden sollen der Ausbau der Infrastruktur für E-Mobilität, erneuerbare Energien auf und in städtischen Liegenschaften sowie Investitionen in den ÖPNV und den Alltagsradverkehr.

### 3. UMSETZUNG DER EMPFEHLUNGEN DER KOMMISSION GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

Schließlich muss die Landesregierung sich gerade jetzt für die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse einsetzen. Insbesondere strukturschwache Kommunen werden unter den Folgen der Krise zu leiden haben. Die Kommunen gehen ungleich in die Krise hinein und es besteht die Gefahr, dass die Ungleichheit noch größer wird. Daher braucht es jetzt eine Übernahme der verbleibenden kommunalen Altschulden durch den Bund und eine höhere Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft!“



# Frauen dürfen nicht Verliererinnen der Coronakrise sein



Tina Schöpfer, Landesvorsitzende

Vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Debatte über die Auswirkungen der Coronakrise auf die Arbeits- und Lebensrealität von Frauen und die immer noch bestehende Chancenungleichheit zwischen Frauen und Männern haben die saarländischen Grünen erneut einen Masterplan Geschlechtergerechtigkeit gefordert.

Er ist Teil eines Positionspapiers, das von den Grünen bereits letzte Woche veröffentlicht wurde. In dem Papier fordern die Grünen u. a. bessere Arbeitsbedingungen für die Care-Berufe, gleichen Lohn für gleiche

und gleichwertige Arbeit und die paritätische Besetzung von Führungspositionen. Bei allen Maßnahmen, die von der Landes- und Bundesregierung ergriffen werden, um die Coronapandemie einzudämmen, müsse geprüft werden, wie sie sich auf die Lebenssituation von Frauen und Männern auswirken.

Das komplette Papier gibt es hier:

<https://gruenlink.de/1r17>

## Europatag 2020: Aus der Krise hilft nur Solidarität



**Anlässlich des Europatags (09.05.2020) forderten die saarländischen Grünen erneut eine Post-Corona-Strategie für die europäischen Grenzregionen, die Öffnung der Grenzen in Europa und mehr gemeinsame Solidarität.**

Grünen-Landeschefin Tina Schöpfer: „Europa steht gerade vor riesigen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam lösen können. Wer hätte gedacht, dass ausgerechnet in dem Jahr, in dem das Schengen-Abkommen 25. Geburtstag feiert und sich der Jahrestag der Schuman-Rede zum 70. Mal jährt, angesichts der Corona-Pandemie eu-

ropäische Grundwerte und Grundfesten ins Wanken geraten sind: Freiheitsrechte wurden wieder eingeschränkt, das Schengen-Abkommen ausgesetzt und nationale Grenzen hochgefahren. Besonders für die europäischen Grenzregionen wie z.B. unsere Großregion ist das ein enormer Stresstest. Und ein Beleg dafür, dass wir die

europäischen Errungenschaften leider nicht als selbstverständlich betrachten dürfen, sondern uns immer wieder für sie stark machen müssen. Gerade in und nach der Krise brauchen wir mehr europäische Solidarität.“

<https://gruenlink.de/1rfy>



## Bahn-Hilfspaket: Fernverkehrsanbindung nicht zur Disposition stellen

Anlässlich des milliardenschweren Hilfspakets für die Deutsche Bahn warnt der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel vor einem möglichen Aus für die geplante Fernverkehrsstrategie 2029, mit der das Saarland eigentlich besser angebunden werden sollte. Offenbar muss die Deutsche Bahn auf Druck der Großen Koalition im Gegenzug massive Einsparungen erbringen.

„Medienberichten zufolge soll das geplante milliardenschwere Bahn-Hilfspaket mit massiven Einsparungen bei der Deutschen Bahn in den kommenden Jahren einhergehen. Die Sparmaßnahmen auf Druck der Großen Koalition in Berlin könnten das Aus für die Fernverkehrsstrategie bedeuten, die eigentlich bis zum Jahr 2029 kommen soll.“ sagt Markus Tressel, Bundes-

tagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar. Der Ausbau des Fernverkehrs der Deutschen Bahn in derzeit abgehängte Regionen wie das Saarland zum Jahr 2029 dürfe aber auf keinem Fall zur Disposition stehen.

<https://gruenlink.de/1rfs>



### Saarland Schlusslicht bei stufenfreien Bahnsteigen

Immer noch sind 28,6 Prozent der Bahnsteige im Saarland nicht stufenfrei erreichbar. Dies geht aus einer Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor. Das Saarland ist damit bundesweites Schlusslicht. Der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel fordert eine Investitionsoffensive für mehr barrierefreie Bahnhöfe.

„Von den 119 aktiven Bahnsteigen im Saarland sind nach Zahlen des Bundesverkehrsministeriums 16 stufenfrei mit einem Aufzug erreichbar, 56 stufenfrei mit höhengleichem Zugang und 13 stufenfrei mit Rampen zugänglich. 34 Bahnsteige sind allerdings immer noch nicht stufenfrei erreichbar. Mit einer Quote von 28,6 Prozent nicht stufenfreien Bahnsteigen ist das Saarland damit bundesweites Schlusslicht. Beim Spitzenreiter Schleswig-Holstein sind gerade mal noch 3,2 Prozent der Bahnsteige nicht stufenfrei erreichbar“, sagt Tressel. Eine Investitionsoffensive des Landes

für mehr barrierefreie Bahnhöfe sei zwingend notwendig: „Die schlechte Quote bei den stufenfreien Bahnsteigen ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer Verkehrspolitik im Saarland, die seit Jahren Bahn-Investitionen sträflich vernachlässigt und sich lieber einseitig um die Straße kümmert. Wir brauchen dringend eine Investitionsoffensive für barrierefreie Bahnhöfe.“

Hier die Antwort des BVM auf die Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion:

<https://gruenlink.de/1rft>

## Alle 4,2 Tage ein Atomtransport durchs Saarland

**Tressel: Transport von  
Nuklearbrennstoffen  
durch dicht besiedelte  
Gebiete stoppen**

Im vergangenen Jahr rollten 86 Transporte mit Kernbrennstoffen durch das Saarland. Im laufenden Jahr waren es bereits 26 Transporte. Dies geht aus einer Antwort des Bundesumweltministeriums auf eine Anfrage des saarländischen Grünen-Bundestagsabgeordneten Markus Tressel hervor.

„Im vergangenen Jahr wurden 86 Transporte durch das Saarland geführt. Umgerechnet bedeutet das, dass alle 4,2 Tage hochgefährliches radioaktives Material per Bahn oder LKW durchs Land rollte. Auch im laufenden Jahr gehen die Atomtransporte weiter, bis zum Stichtag 4. Mai waren es laut Bundesumweltministerium bereits 26 Transporte“, kritisiert Tressel. Er warnt vor einem Sicherheitsrisiko für die Menschen im Saarland und fordert ein Ende der Transporte: „Das Saarland ist eine dicht besiedelte Region, viele Wohngebiete befinden sich nahe oder unmittelbar an Bahn- und Autobahnstrecken. Bei einem Unfall könnten die Folgen verheerend sein. Atomtransporte durch so dicht besiedelte Gebiete sind unverantwortlich und müssen untersagt werden.“ Zudem müssten die Nuklearfabriken in Deutschland stillgelegt werden, von denen offenbar zahlreiche Transporte ausgingen.

<https://gruenlink.de/1rfx>

